

# **Der neue Erwachsenenschutz**

**Das 2. Erwachsenenschutzgesetz  
ab 1.7.2018**

**Karin Reinmüller  
Sachwalterschaft Graz**

**10 Jahre GPZ, 2. März 2018**

# Der neue Erwachsenenschutz

Das 2. Erwachsenenschutzgesetz  
*ab 1.7.2018*

Marin Reinöcher  
Sachwalterschaft Graz

10 Jahre GPZ, 2. März 2018

# **Der neue Erwachsenenschutz**

**Das 2. Erwachsenenschutzgesetz  
ab 1.7.2018**

**Karin Reinmüller**  
**Sachwalterschaft Graz**

**10 Jahre GPZ, 2. März 2018**



# **Der neue Erwachsenenschutz**

**Das 2. Erwachsenenschutzgesetz  
ab 1.7.2018**

**Karin Reinmüller  
Sachwalterschaft Graz**

**10 Jahre GPZ, 2. März 2018**

## Die österreichische Rechtstradition der Stellvertretung

- Entmündigungsordnung vom 28.6.1916 – 31.12.1983
  - Sachwalterrecht vom 1.1.1984 – 30.6.2018
  - 2. Erwachsenenschutzgesetz vom 1.7.2018 -

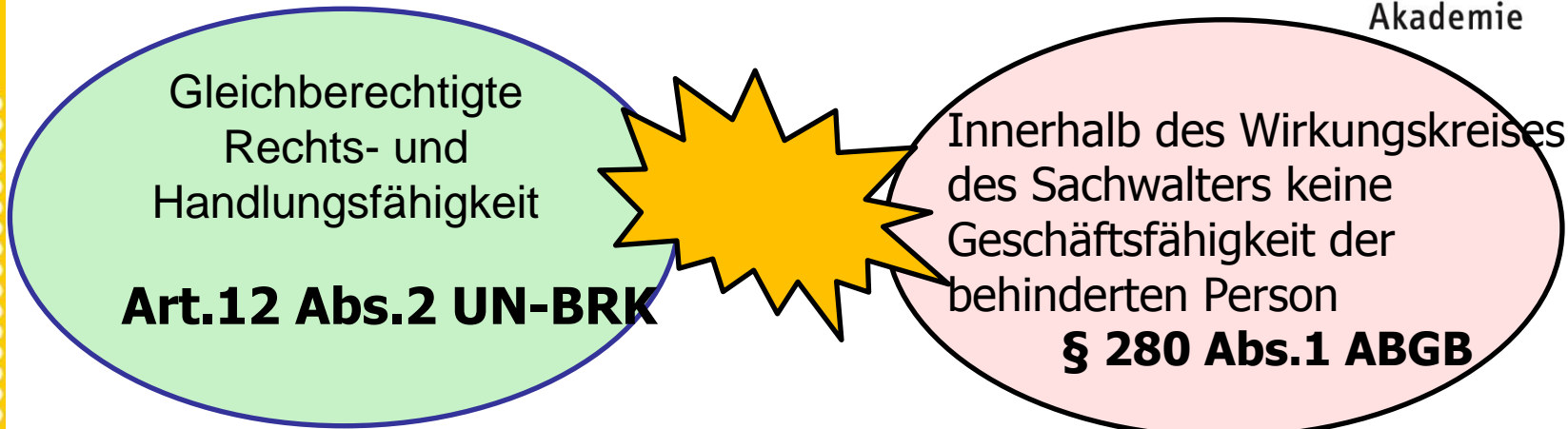


## **Die österreichische (kontinentaleuropäische) Rechtstradition trifft auf andere Rechtstraditionen:**

Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von  
Menschen mit Behinderungen  
am 26.9.2008 ratifiziert

Staatenprüfung Österreichs durch das „*Committee on the Rights  
of persons with Disabilities*“ am 2.,3.9.2013

Beginn des Gesetzwerdungsprozesses zum 2. ErwSchG  
Motto: Selbstbestimmung statt Stellvertretung  
„Supported decision-Making“ anstelle von „Substituted Decision-  
Making“



Keine Beschränkung der  
Geschäftsfähigkeit

Keine Nichtigkeit bei  
Rechtsgeschäften

Keine zwangsweise  
Stellvertretung

Konstitutive Beschränkung  
der Geschäftsfähigkeit

Nichtigkeit „eigener“  
Rechtsgeschäfte

Stellvertretung als  
Rechtsfürsorgemaßnahme

## Die programmatischen Bestimmungen des 2. ErwSchG: §§ 239,240 ABGB

### 1. Selbstbestimmung

- Volljährige Personen, die krankheitsbedingt in ihrer Entscheidungsfähigkeit eingeschränkt sind, sollen **möglichst selbstständig**, erforderlichenfalls mit **entsprechender Unterstützung**, handeln können.
- Beispiele für **Unterstützer**: Familie, nahe stehende Personen, Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen der Behindertenhilfe, soziale und psychosoziale Dienste, Peergroups, Beratungsstellen, Betreutes Konto, Vorsorgedialog (ACP)



## Die programmatischen Bestimmungen des 2. ErwSchG: §§ 239,240 ABGB

### 2. Nachrang der Stellvertretung

- Personen mit psychischer Erkrankung oder einer vergleichbaren Beeinträchtigung dürfen im Rechtsverkehr **nur dann einen Stellvertreter** haben, wenn sie dies **selbst vorsehen** oder eine Vertretung zur Wahrung ihrer Rechte und Interessen **unvermeidlich** ist.
- Soweit eine Person bei der Besorgung ihrer Angelegenheiten **entsprechend unterstützt** wird, darf für sie **kein Erwachsenenvertreter** tätig werden.

Bedeutung und Folgen  
seines Handels verstehen



Seinen Willen danach  
bilden



Sich entsprechend  
verhalten

**Entscheidungs-  
fähigkeit**  
§24 Abs 2 ABGB

Bedeutung und Folgen  
einer Vollmacht **in**  
**Grundzügen** verstehen



Seinen Willen danach  
bilden



Sich entsprechend  
verhalten



Fähigkeit zur  
Auswahl eines  
Vertreters

Einen eigenen Willen  
bilden können



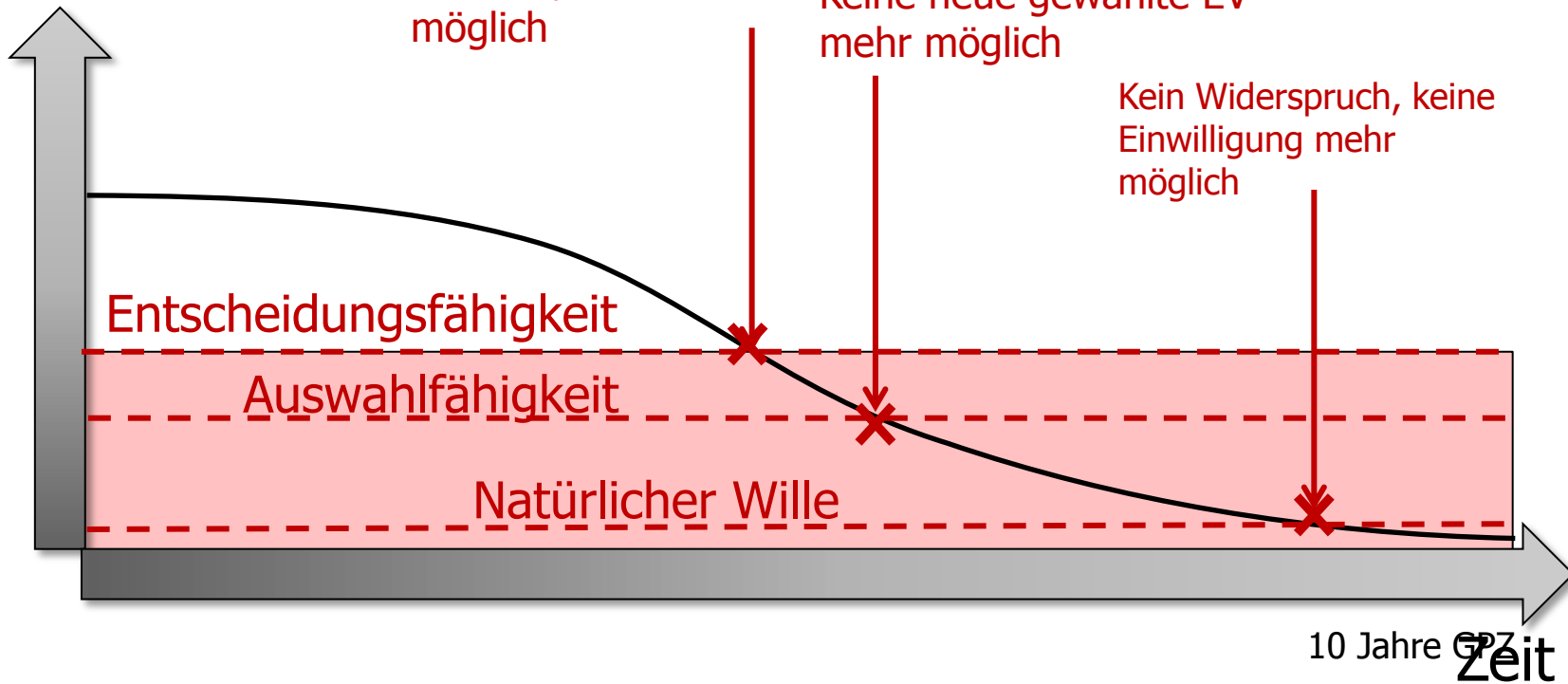
Diesen Willen irgendwie  
zum Ausdruck bringen



Natürlicher  
Wille,  
Widerspruch

## Ebenen der Handlungsfähigkeit:

Kognitive  
Fähigkeiten



Vorsorgefall: Keine neue VW, PV mehr möglich

Keine neue gewählte EV mehr möglich

Kein Widerspruch, keine Einwilligung mehr möglich

Entscheidungsfähigkeit

Auswahlfähigkeit

Natürlicher Wille

10 Jahre Zeit



gerichtliche  
EV

gesetzliche EV

gewählte EV

**VORSORGEVOLLMACHT**

Selbstbestimmung mit Unterstützung

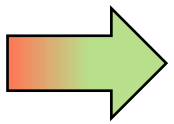
Selbstbestimmung



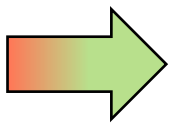
# VertretungsNetz zum Erwachsenenschutzgesetz

**Vom Sachwalterrecht...**

Vorsorgevollmacht

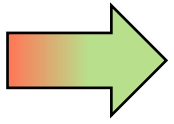


Vorsorgevollmacht



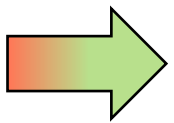
gewählte EV

Angehörigenvertretung



gesetzliche EV

Sachwalterschaft



gerichtliche EV

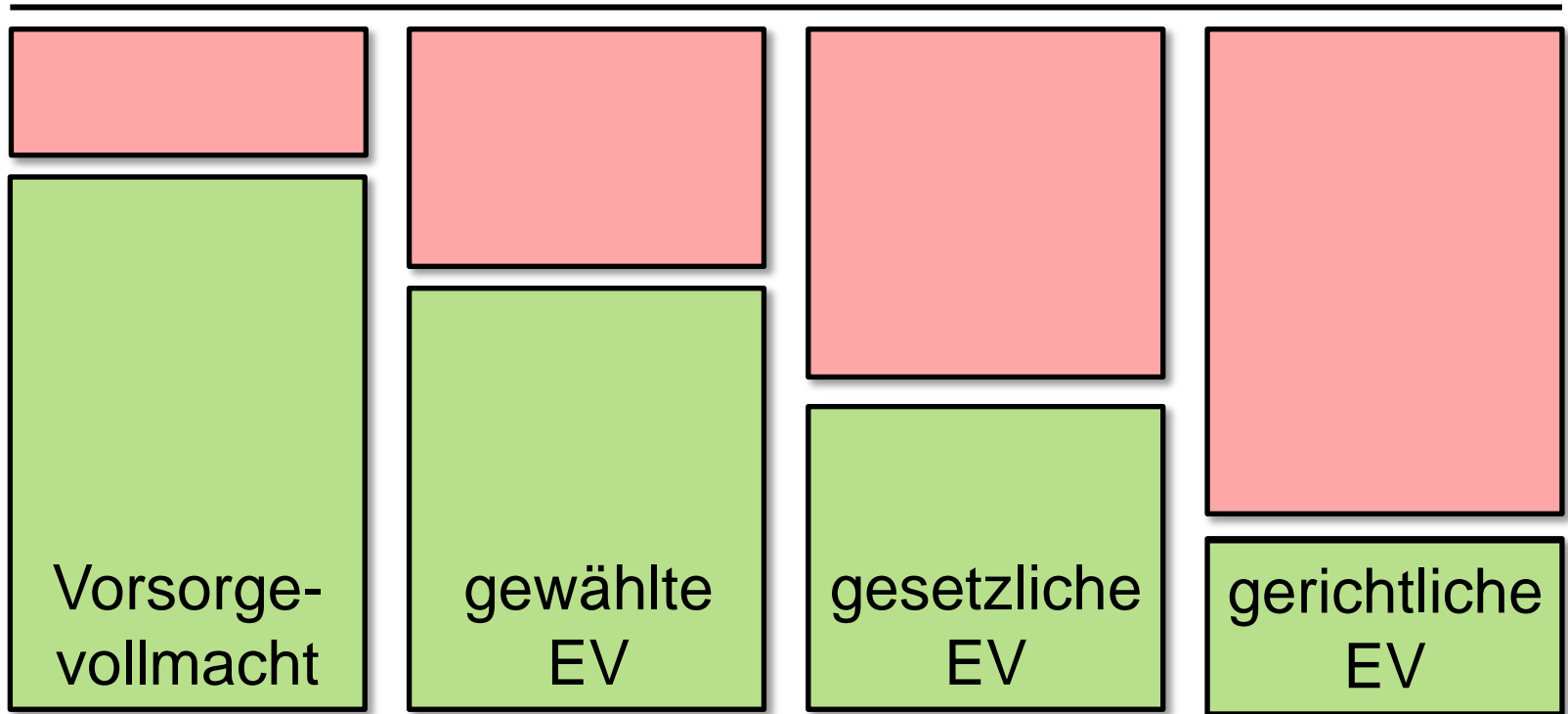
## **In allen 4 Vertretungsformen gilt :**

- Selbstbestimmung trotz Stellvertretung (Förderung der Selbstbestimmung)
- Keine Einschränkung der Handlungsfähigkeit (einzige Ausnahme: Genehmigungsvorbehalt bei der gerichtlichen EV)
- Eine nicht entscheidungsfähige Person kann rechtswirksame Alltagsgeschäfte abschließen (nicht wie bisher Taschengeldgeschäfte)
- Jede EV muss im ÖZVV eingetragen sein

## Registrierungsstellen bei den Erwachsenenschutzvereinen

- ❖ Vorsorgevollmacht: **€ 120,-**
- ❖ Gewählte EV: **€ 85,-**
- ❖ Gesetzliche EV: **€ 85,-**

## gerichtliche Kontrolle



Autonomie und Entscheidungsfähigkeit



## Wie entsteht Vorsorgevollmacht?

- Rechtzeitige Errichtung
- vor Eintritt des Vorsorgefalles
- D.h. voll entscheidungsfähig
- Höchstpersönlich und schriftlich
- bei Notar, Anwalt, Erwachsenen-  
schutzverein
- Registrierung der Wirksamkeit  
nach Vorsorgefalles im ÖZVV

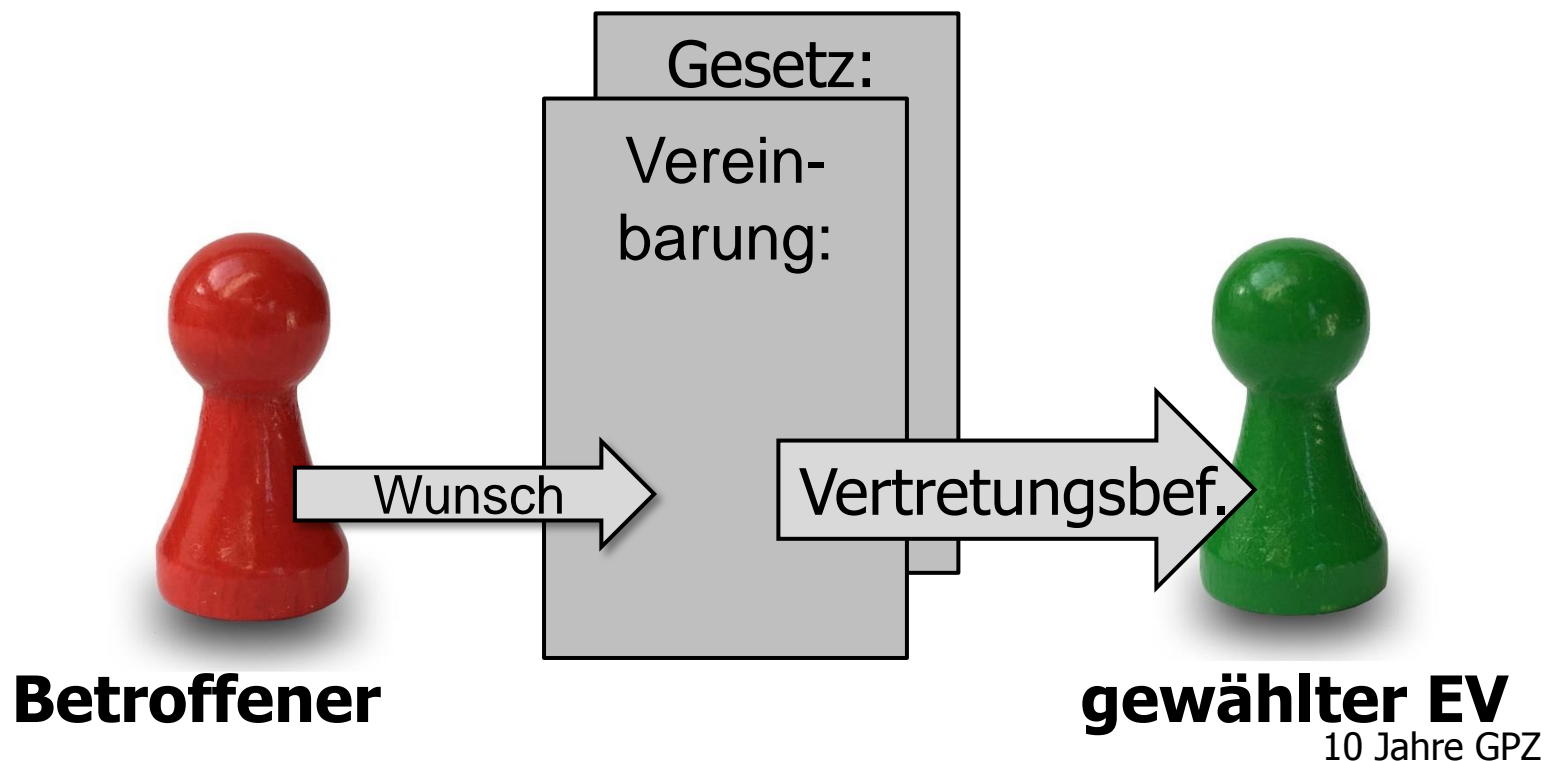


**Betroffener**

## Beendigung der Vorsorgevollmacht?

- Tod der vertretenen Person oder des Bevollmächtigten
- Gerichtsbeschluss
- Kündigung durch den Bevollmächtigten
- Widerspruch der betroffenen Person

## Gewählte Erwachsenenvertretung:



## Wer kann gewählter EV sein?

- Freie Auswahl durch die betroffene Person
- Keine Bindung an Verwandtschaftsverhältnisse
- Allgemein Eignung
- Kein Naheverhältnis zur Betreuungseinrichtung



**gewählter EV**  
10 Jahre GPZ

## Wie entsteht die gewählte EV?



**Betroffener**

- Fähigkeit zur Auswahl eines Vertreters (= Vollmacht in Grundzügen verstehen)
- Abschluss einer Vereinbarung
- höchstpersönlich und schriftlich
- bei Notar, Anwalt, Erwachsenenschutzverein
- Registrierung der gewählten EV im ÖZVV



## Zuständigkeit des gewählten EV?

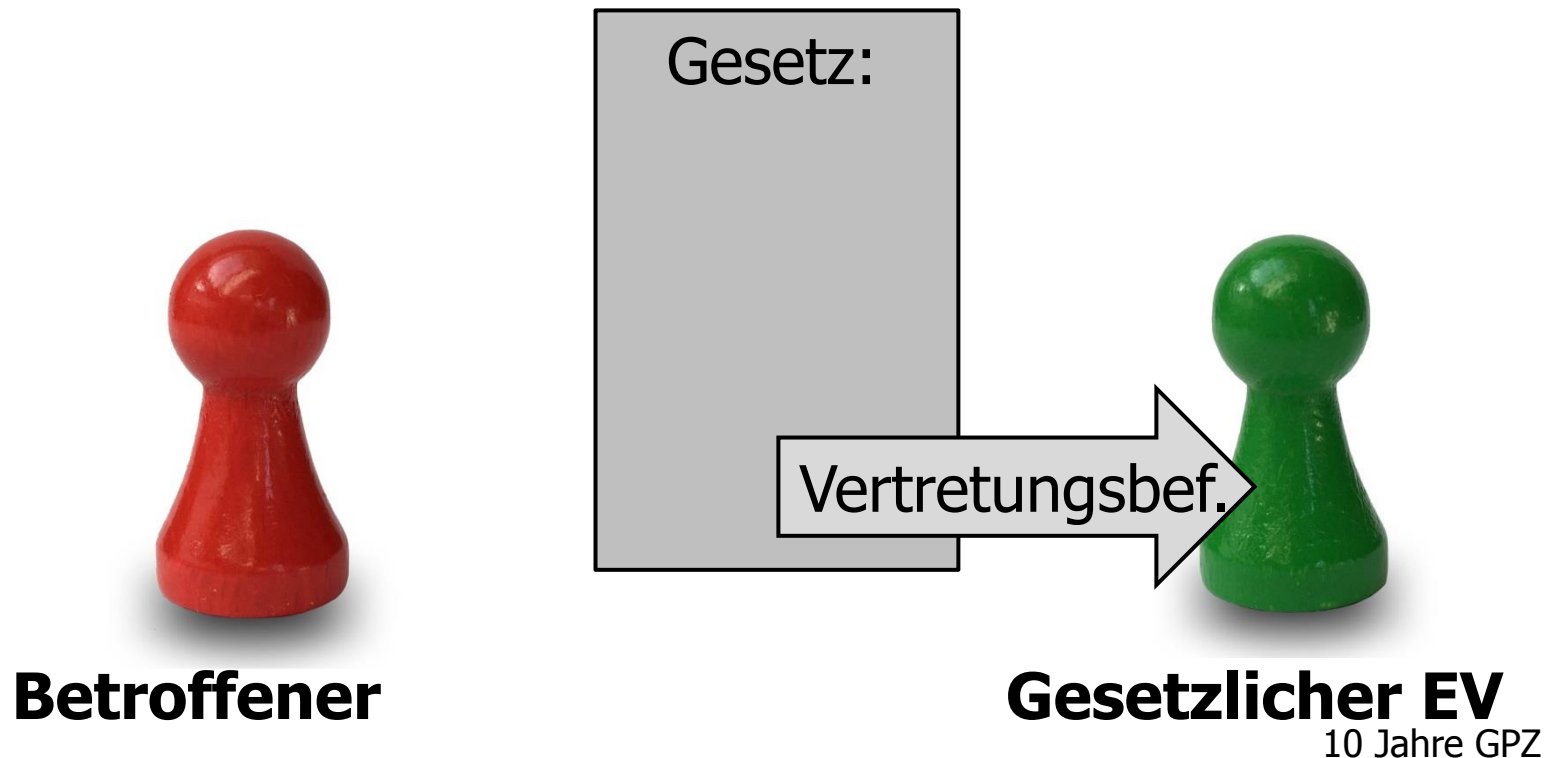
- Wie in der Vereinbarung festgelegt
- Keine Begrenzung der  
Angelegenheiten
- Aber sie müssen einzeln aufgezählt  
sein
- Achtung! Vier Untervarianten:  
Vertretungsmodell, zwei Co-Decision  
Modelle, Begleitmodell



## Beendigung der gewählten EV?

- Tod der vertretenen Person oder des gewählten EV
- Gerichtsbeschluss
- Kündigung durch den gewählten EV
- Widerspruch der betroffenen Person

## Gesetzliche Erwachsenenvertretung (vorm. Angehörigenvertretung)



## Wer kann gesetzlicher EV sein?

Im Gesetz vorgegeben:

- Eltern und Großeltern
- Kinder, Enkelkinder
- Geschwister, Neffen, Nichten
- Ehegatten, eingetragene Partner, Lebensgefährten (nach 3 Jahren)
- Plus: Person in einer EV Verfügung



## Beendigung der gesetzlichen EV?

- Tod der vertretenen Person oder des gesetzlichen EV
- Gerichtsbeschluss
- Durch Ablauf von 3 Jahren (mit Verlängerungsmöglichkeit)
- Widerspruch durch den gesetzlichen EV
- Widerspruch der betroffenen Person



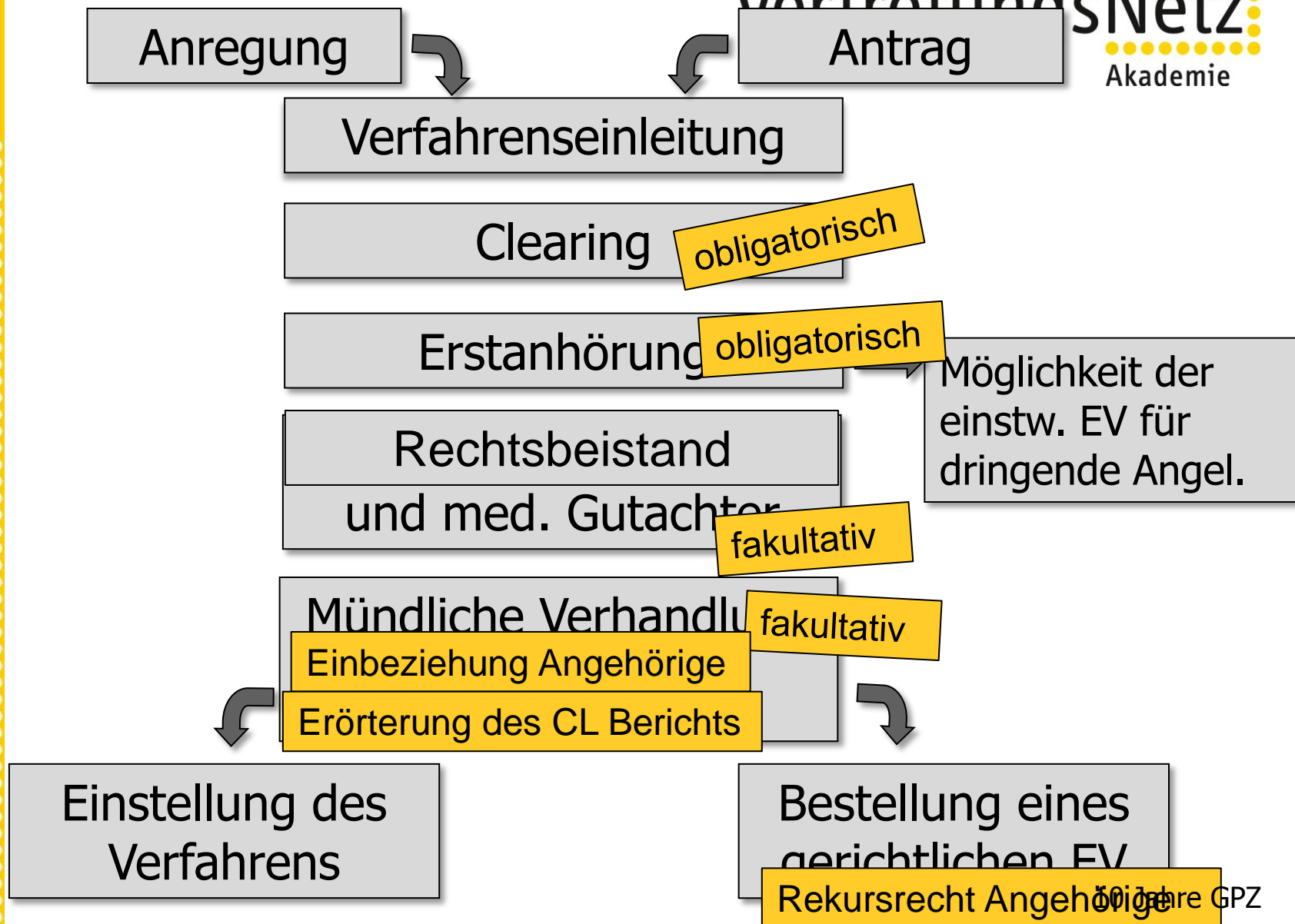
## Wie entsteht die gerichtliche EV?



**Betroffener**

- Bestellung durch Gerichtsbeschluss
- Einleitung auf Antrag oder von Amtswegen aufgrund einer Anregung
- Verpflichtend: Erstanhörung und Clearing
- Möglich: Gutachten und mündliche Verhandlung
- Eintragung der Bestellung im ÖZVV

# Verfahren zur Bestellung des gerichtl. EV



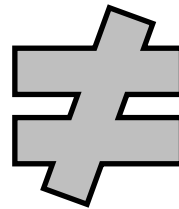
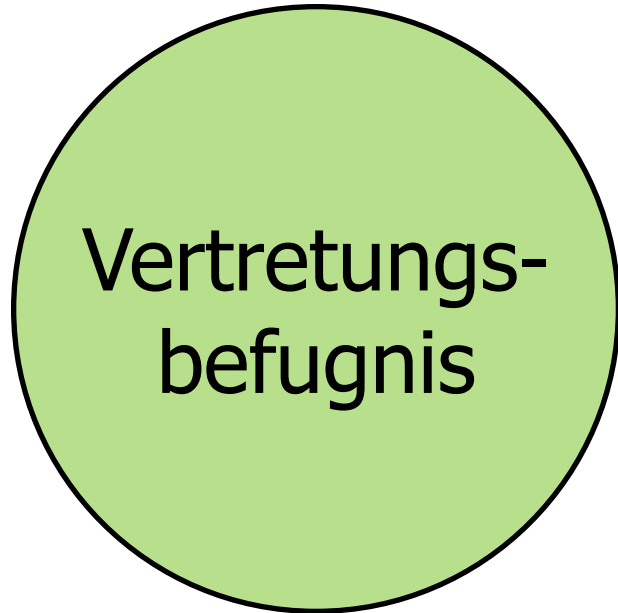
## Wer kann gerichtlicher EV sein?

- Auswahl durch das Gericht
- Vorrangig eine vom Betroffenen gewählte Person
- dann Angehörige oder nahestehende Personen
- Erwachsenenenschutzvereine
- Anwälte, Notare, andere geeignete Personen

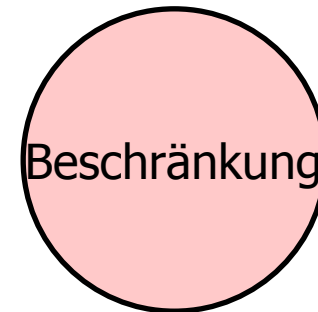


# Gerichtliche Erwachsenenvertretung

Umfang der..



Umfang der..



Kriterium: ..*kann Angelegenheiten nicht ohne Gefahr eines Nachteils für sich selbst besorgen!*

Kriterium: ..Abwendung einer **ernstlichen und erheblichen** Gefahr für die vertretene Person!

Rechtsgrundlage: Bestellungsbeschluss zum gerichtlichen EV

Rechtsgrundlage: **Genehmigungsvorbehalt** Jahre GPZ

## **1. Med. Behandlungen – wer entscheidet?**

Patient ist entscheidungsfähig



Entscheidung durch den Patienten selbst!



**Keine** Vertretungsbefugnis im Rahmen von  
Erwachsenenvertretung und Vorsorgevollmacht!

## 2. Med. Behandlungen – wer entscheidet?

Patient ist **nicht** entscheidungsfähig



Gefahr im Verzug: Notfallbehandlung (neu: starke Schmerzen)



Entscheidung durch den behandelnden Arzt!



## 3. Med. Behandlungen – wer entscheidet?

Patient **erscheint** als **nicht** entscheidungsfähig



**Keine** Notfallbehandlung



**Nachweisliche Bemühenspflicht des Arztes um Herstellung von Entscheidungsfähigkeit durch Beiziehung von Angehörigen, nahe stehende Personen, Vertrauenspersonen und/oder geübte Fachleute (Pflege, Hospiz, Palliativmedizin, Behindertenfachbetreuer...)**



**informed consent**  
(auch bei eingeschränkter Entscheidungsfähigkeit)



**Im Zweifel** gilt die gesetzliche Vermutung der Entscheidungsfähigkeit



**keine Entscheidungsfähigkeit**  
Vertretung notwendig

## 4. Med. Behandlungen – wer entscheidet?

Patient ist **nicht** entscheidungsfähig



**Keine** Notfallbehandlung



Keine verbindliche Patientenverfügung



Keine Willenserforschung durch den Arzt!  
Entscheidung durch einen **Erwachsenenvertreter**  
oder durch einen **Vorsorgebevollmächtigten**  
(eingeschränkte Aufklärung auch des nicht entscheidungsfähigen  
Patienten)

## **5. Med. Behandlungen – wer entscheidet?** **Patientenwiderspruch/ Dissens**

1. Der nicht entscheidungsfähige **Patient** gibt zu erkennen, dass er die indizierte Behandlung **ablehnt**.
2. Der **Vorsorgebevollmächtigte/Erwachsenenvertreter** **stimmt** einer indizierten Behandlung **nicht zu**.



Besonderes  
**Rechtsschutzverfahren**  
einzuleiten



Gericht ersetzt  
Entscheidung;  
bestellt neuen EV



**Im Zweifel** wünscht die  
vertretene Person die  
medizinisch indizierte  
Behandlung

## **Zu 5. Besonderer Rechtsschutz bei Ablehnung durch den nicht entscheidungsfähigen Patienten:**

- Ausreichend dazu ist der natürliche Wille
- Zustimmung des Vertreters ist gerichtlich genehmigungspflichtig
  - ErwSchV ist immer der besondere Rechtsbeistand
  - obligatorisches SV Gutachten
  - Verfahren auch abschließen, wenn die Behandlung schon beendet ist

## zu 5. Der Wille als Kriterium der stellvertretenden Entscheidung:

- Vertreter hat sich vom Willen der vertretenen Person leiten zu lassen
- (nicht wie bisher nach dem „*Wohl der betroffenen Person*“ zu entscheiden)
- Aber: Im Zweifel gilt eine medizinisch indizierte Behandlung als gewünscht
- Wie evident muss der Wille sein, um eine indizierte Behandlung ablehnen zu können?

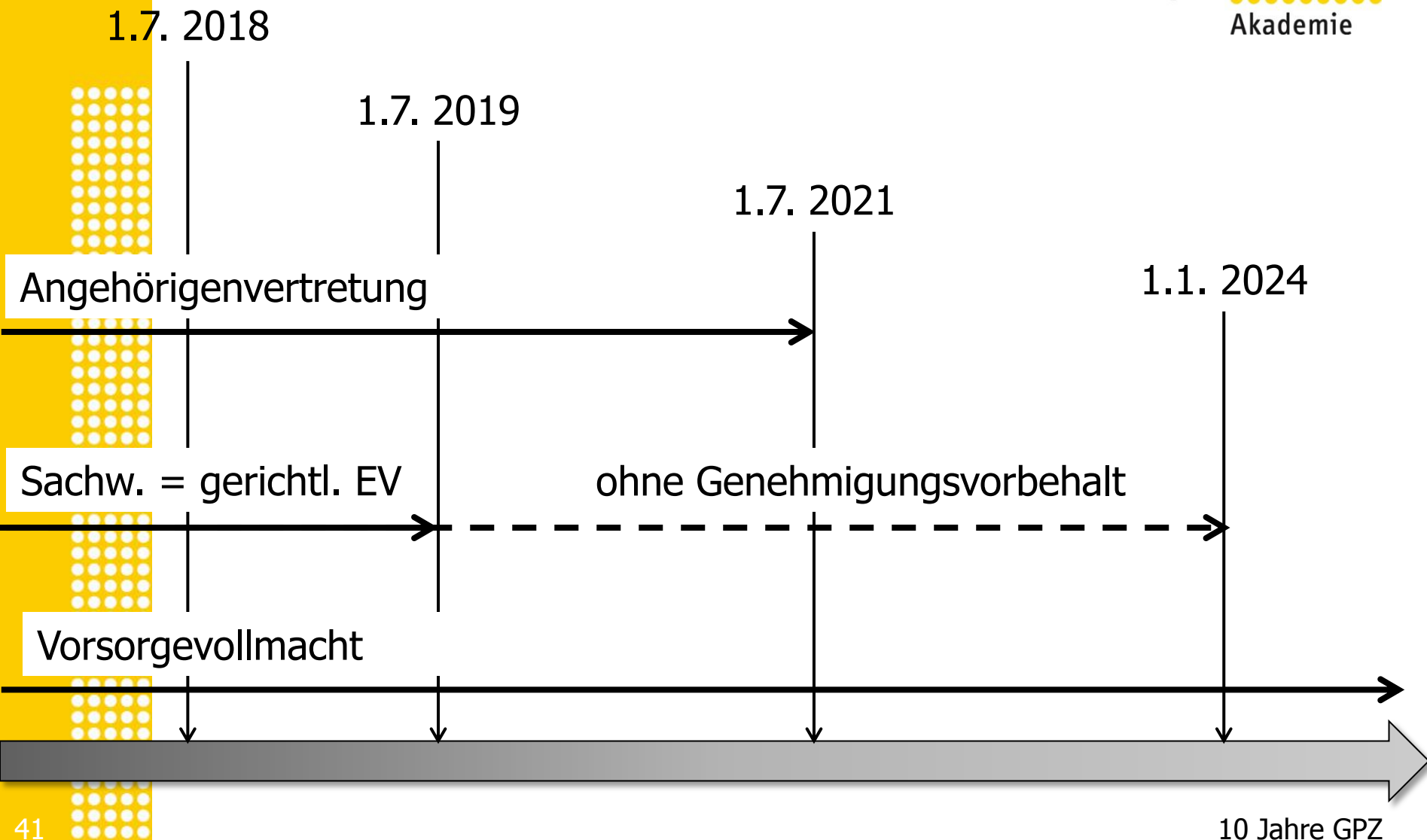
## **Dauernde Änderung des Wohnortes:**

- Selbstbestimmung bei Entscheidungsfähigkeit
- Sonst Entscheidung durch Vertreter
- Gerichtliche Genehmigungspflicht bei dauerhafter Wohnortänderung
  - Persönliche Anhörung durch das Gericht
- Bei Ablehnung der Wohnortänderung zusätzlich Wohnortclearing
- Auflösung des Wohnsitzes erst nach Genehmigung

# Übergangsregelung für bestehende Vertretungen

# VertretungsNetz

Akademie





# **Der neue Erwachsenenschutz**

**Das 2. Erwachsenenschutzgesetz  
ab 1.7.2018**

**Karin Reinmüller  
Sachwalterschaft Graz**

**10 Jahre GPZ, 2. März 2018**